

# Der Marxismus und die Militärfrage

Von Dr. Karl-Heinz Treiber, Sektion Marxismus-Leninismus

frühzeitig für militärische Fragen Elementare militärische Kenntnisse erwarb er, als er 1841/42 nach der damaligen Gesetzgebung als Einjährig-Freiwilliger seiner Dienstpflicht in einer preussischen Garde-Artillerie-Brigade nachkam. Die Kasernen in Berlin Am Kupfergraben, in der Engels vor 129 Jahren diente, trägt heute seinen Namen; sie ist Unterquartier eines Grenztruppenteils der NVA.

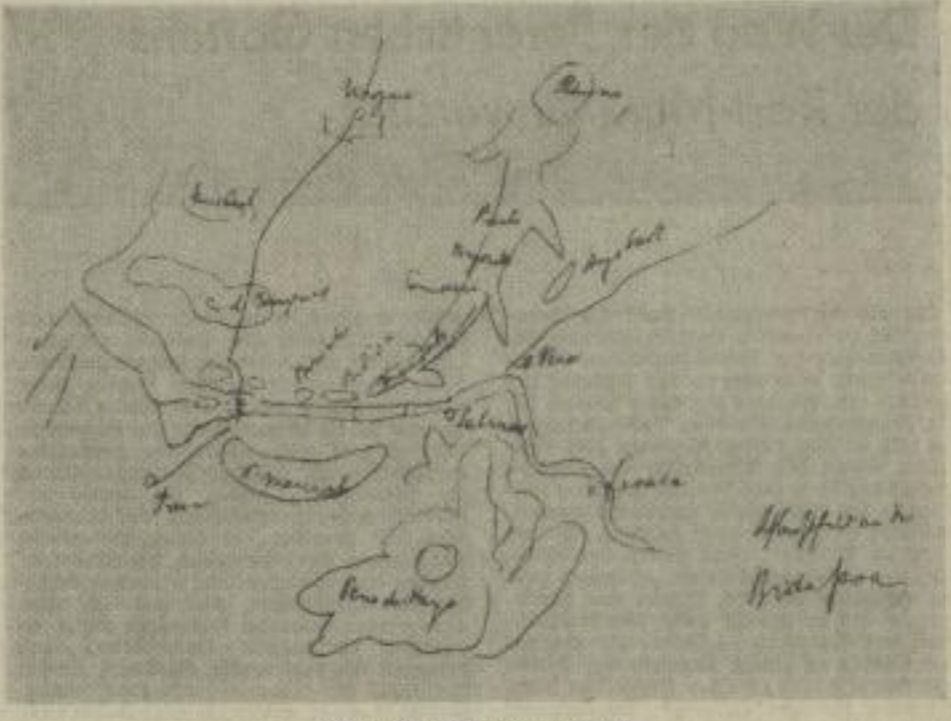
Mit der Militärfrage, wie sie durch und im Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie entstanden war, machte sich Engels in den Jahren 1842 bis 1844 in England bekannt. Durch detaillierte und intensive Studien der Klassenkämpfe der englischen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Bewegung gelangte er zu dem Schluss, daß das Proletariat nur dann seine politische und soziale Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung erringen kann, wenn es willens und fähig ist, dafür auch Waffengewalt anzuwenden. Engels sah also in der Bewaffnung das, was sie im Wesen ist, ein Grundproblem der politischen Macht für das Proletariat, eine Grundfrage der Revolution. Diese Erkenntnis ist von weitreichender Bedeutung. Sie begründet, daß Waffengewalt nicht einfach Waffengewalt ist, sondern daß sie stets Klassencharakter hat. (Ausführlich geht Engels in seiner „Gewalttheorie“ auf dieses Problem ein.) Damit war erstmalig im politischen und militärischen Denken die Möglichkeit gegeben, die Kriege und bewaffneten Kämpfe entsprechend ihrem objektiven politischen Charakter in Angriffs- und Verteidigungskriege — wie wir heute sagen — als gerechte oder ungerechte zu klassifizieren und daraus folgend, wissenschaftlich begründet und bewußt handelnd Partei für gerechte Kriege zu beziehen. Denn entscheidend ist, welche Klasse und mit welchem Ziel diese Klasse über bewaffnete Macht verfügt. Alles Militärische hat Klassencharakter.

In Marx' und Engels' Begründung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse ist von Anfang an die Aufgabe eingeschlossen, die im Privateigentum an Produktionsmitteln letztlich vorhandene sozialpolitische Wurzel militärisch geführter Klassenkämpfe und der Kriege aus dem Leben der Gesellschaft zu verbannen sowie den seit Jahrtausenden herbeigesehnten Völkerringen zu verwicklichen. Das entspricht ihrer humanen sozialen Natur. Die Arbeiterklasse kann jedoch diese ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie selbst das Waffenhandwerk und alles Militärische erlernt hat und alle Formen des Klassenkampfes, auch die bewaffneten, meistert. Das ist notwendig, wie Engels schon 1842/44 begriffen hatte, um Bürgerkriege und Krieg nicht nur in Worten zu verurteilen, sondern in der Tat, durch die Bewaffnung der Arbeiterklasse und bewaffnete Niederhaltung, notfalls auch Zerschlagung der bewaffneten Bourgeoisie ein Ende zu bereiten. Marx und Engels haben hervor, daß die Bewaffnung der Arbeiterklasse gesetzmäßig ist, sowohl bei friedlicher als auch bei nicht-friedlicher Entwicklung und Durchführung der Revolution.

Marx und Engels ordneten die Militärfrage stets in die Erfordernisse des konkreten Klassenkampfes ein. So enthalten die 17 Punkte „Forderung der Kommunistischen Partei Deutschlands“, die mit Beginn der Revolution von 1848/49 von ihnen ausgearbeitet wurden, das von Engels formulierte Militärprogramm der deutschen Arbeiterklasse für die demokratische Umwälzung. Entsprechend der politischen strategischen Orientierung des „Kommunistischen Manifestes“, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt — gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie — war der wesentliche Inhalt dieses Militärprogramms die

Brechung der Macht der stehenden Fürstenheere, die Verwirklichung der allgemeinen Volksbewaffnung und die Bildung revolutionär-demokratischer Streitkräfte. Auf diese Weise sollte die feudale Konterrevolution entwirrt und die bürgerlich-demokratische Revolution bewaffnet und zur proletarischen Revolution weitergeführt werden. Die blutige Niederschlagung der 1848er Revolution, die von Engels als Soldat der Revolution, als Adjutant im Willich'schen Freikorps und als führender Teilnehmer am pfälzisch-badischen Feldzug gesammelten Erfahrungen, warfen neue Fragen für die Lösung der Militärfrage auf. Sie veranlaßten Friedrich Engels, verstärkt seine militärischen Studien fortzusetzen. Die Ergebnisse fanden ihren Niederschlag in den Artikeln über die „Reichsverfassungskampagne“ und die „Klassenkämpfe in Frankreich“. Darauf gestützt, zog Marx und Engels gemeinsam in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ und zwar vom März 1850 eine Bilanz der Revolution und insbesondere ihrer militärischen Lehren. Auf neue, der veränderten Situation

Um die politische Machtfrage im Interesse der Arbeiterklasse zu lösen, schlagen Marx und Engels ein ganzes Programm militärischer Maßnahmen vor, angefangen von Maßregeln gegen die Wiederbelebung der reaktionären Bürgerwehr bis zur Aufstellung einer proletarischen Garde, mit selbstgewählten Chiefs und eigenem selbstgewählten Generalstab, die unter Leitung der revolutionären Machtorgane zu handeln hätten. Unter keinem Vorwand dürften die Arbeiter Waffen und Munition aus der Hand geben, jeder Entwaffnungsversuch muß nötigenfalls mit Gewalt verhindert werden. Die Thesen aus der „Ansprache“ sind eine wesentliche Bereicherung der marxistischen Revolutionstheorie im allgemeinen und der marxistischen Militärpolitik im besonderen. Denn Marx und Engels betonten hier nicht nur erstmalig die Notwendigkeit der selbständigen bewaffneten Organisation des Proletariats; sie legen auch prinzipiell erstmalig die Stellung der revolutionären Arbeiterpartei zur proletarischen Staatsmacht und zu den



Handskizze von Friedrich Engels

des Klassenkampfes entsprechende Weise gingen sie an die Lösung der Militärfrage heran.

In der „Ansprache“ orientierten Marx und Engels die Kommunisten darauf, daß in einer zu erwartenden Revolution mit großer Wahrscheinlichkeit die kleinbürgerliche Demokratie die Staatsmacht ergreifen, aber danach die gleiche Verfassungskampagne wie das Bürgertum 1848/49 betreiben werde. Um dem entgegenzuwirken und die Revolution permanent zu machen, sei es erforderlich, eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen. Unter der Führung dieser Partei habe die Arbeiterklasse eine „eigene revolutionäre Arbeiterregierung“ zu bilden, die die kleinbürgerliche Demokratie zu sozialen und ökonomischen Maßnahmen im Interesse des Proletariats zwingt. Zum Schutze dieser proletarischen Machtorgane und unter ihrer Führung — darauf legten Marx und Engels besonderen Wert — sei die „Bewaffnung des gesamten Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition“ unverzüglich durchzusetzen.

bewaffneten Organen der Arbeiterklasse dar; unter Führung der Partei Bildung und Entwicklung der politischen und militärischen Machtorgane der Arbeiterklasse.

Die sozialistischen Armeen der Warschauer Militärkoalition sind nach diesem Grundsatz aufgebaut und erfüllen ihre friedenserhaltende und friedengebietende Funktion unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft. Und gerade darin besteht eine Grundlage ihrer Überlegenheit über jede wie immer geartete imperialistische Armee und militärische Gruppierung.

- 1) Lenin W. I. Werke, Bd. 3, Seite 88
2) Ebenda, Seite 301
3) Vgl. Marx, K.F. Engels, Werke, Bd. 4, Seite 479
4) Vgl. Marx, K.F., Engels, Werke, Bd. 11, Seite 642 und Bd. 18, Seite 189
5) Marx, K.F., Engels, Werke, Bd. 4, Seite 479
6) Marx, Engels, Briefwechsel, Bd. 1, Seite 130
7) Marx, Engels, Ausgewählte Schriften in 2 Bb., Bd. 1, Seite 77
8) Ebenda, Seite 10
9) Ebenda, Seite 10
10) Ebenda
11) Ebenda, Seite 109

## Civilcourage gegen Links gefragt

Am Herbst dieses Jahres ist in der Bundesrepublik die Gründung eines „Freiwilligen Wissenschaftlerbundes“ geplant. Der Initiativkreis, dem Professoren angehören, äußert, daß es künftig nicht mehr an „Zivilcourage“ gegen Studenten aufzutreten, die in der „Welt“ gegen die Mitbestimmung an den Hochschulen verlangen. Die Initiative ist beim Kampf der „Freiwilligen Wissenschaftler“ von vornherein Professorinnen gefallen, die mit den „Freiwilligen“ reden, statt sie als politisch Unbegreifliche zu behandeln. Mit der Formierung des „Freiwilligen Wissenschaftlerbundes“ werden die Initiatoren einen Angriff auf die Hochschulen machen — in schweren Auseinandersetzungen von den Studenten und fortschrittlichen Wissenschaftlern gestützt. Die „Freiwilligen“ sind in der demokratischen Hochschulverfassung abgerufenen Zugeständnisse sind in der Bundesrepublik nicht mehr an den Hochschulen zu erproben. In der „Welt“ findet diese Aktivität der „Freiwilligen“ den Beifall und die Unterstützung der Springer-Blätter. So schreibt „Die Welt“: „Damit formiert sich zum erstenmal ein Teil der Hochschullehrer

im Kampf gegen die weitere Leistungsmin- derung an deutschen Universitäten. Sie verstehen ihren Zusammenschluß ausdrücklich als Protest gegen bestehende Hochschulgesetze, die der Politisierung und sachfremden Entscheidung Vorschub leisten.“

Entpolitisierung? Richtiger wäre wohl: Totale Unterordnung unter die Interessen des Monopolkapitals. Und sachfremde Entscheidung? Studentische Mitbestimmung ist nach der Logik der „Welt“ sachfremd, die Einmischung der Monopole aber sachkundig. Rv.

## Der Anlaß ließ sich organisieren

Die Heidelberger Hochschulgruppe des „Sozialistischen Studentebundes“ ist verboten. Straßenschlächen zwischen Studenten, die gegen einen Besuch des ehemaligen US-Kriegsministers und jetzigen Präsidenten der Weltbank McNamara in Heidelberg protestierten, und der gegen diese Studenten eingesetzten Polizei, gaben dem Stuttgarter Innenministerium den Anlaß, die Auflösung der Hochschulgruppe des SDS zu verfügen. Der Heidelberger Oberbürgermeister hatte dieses Verbot mit angezogen, indem er verkündete, daß er künftig alle vom SDS angemeldeten Demonstrationen zu verhindern wisse. Wie er das machen will, hat er ja wohl mit der von seiner Polizei imitierten Straßenschlacht demonstriert. In der Verbotserklärung des Innenministeriums ist denn nun auch das ganze Register der „Sünden“ des SDS aufgeführt. Damit nun auch der Schein der Rechtmäßigkeit gewahrt bleibt, versucht das Innenministerium nachzuweisen, daß die Tätigkeit des SDS den Strafgesetzen und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zuwiderlaufe. Peinlich nur, daß im „Sündenregister“ eine Menge Aktionen aufgeführt werden, mit denen der SDS nachgewiesenermaßen nichts zu tun hatte.

## Alte Sorgen bei Schulbeginn

Zum diesjährigen Schulbeginn stehen Schüler, Lehrer und Eltern in der Bundesrepublik vor den alten Sorgen des unveränderten Bildungsnotstandes. Der regierungsmündige „Bericht zur Bildungspolitik“ nennt „übergroße Klassen“, ausfallende Unterrichtsstunden und unzureichende „Lernerfolge“ schon bei den Kleinsten als unausweichliche Folgen von Lehrermangel und zu wenigen Schulräumen. Noch schwerer als die materiellen und personellen Mängel im westdeutschen Schulwesen wiegen aber die reaktionären Bildungsinhalte auf gesellschaftspolitischem wie naturwissenschaftlichem Gebiet, der Unterricht wird vorwiegend nach Bildungsplänen und Schulbüchern erteilt, die in Anlage und Inhalt aus dem vorigen Jahrhundert stammen. Selbst der amtliche Bildungsbericht muß zugestehen, daß eine „nicht zu verkennende Restauration der traditionellen geistigen, kulturellen und politischen Vorstellungen“ in den Lehrinhalten Hand in Hand geht mit Lernmitteln und Formen des Grundschulunterrichts, die im „Gegensatz zur heutigen Umwelt und ihrem technisch-industriellen Charakter stehen.“

Gerade aber in diesem Bereich zeigt sich im Bildungsbericht der entscheidende Mangel des besprochenen Reformprogramms der Regierung. Die Systembedingtheit des Bildungsnotstandes und der Ausbau der Positionen des Großkapitals in der Bundesrepublik und deren Auswirkungen auch auf den Bereich der Schule wird mit keinem Wort erwähnt. Die regierungsmündigen angestrebten Reformabsichten im Schulwesen beschränken sich lediglich darauf, die Schulkinder besser als bisher auf das Leitbild der formierten spätkapitalistischen Gesellschaft auszurichten. Kein Wort gegen Nationalismus und Neonazismus, Antikommunismus und Revandedenken, die schon in den Lehranstalten der Grundschule die ent-

scheidende Barriere gegen demokratisches Bildungsbemühen auf der Grundlage moderner Erkenntnisse der Gesellschaftspolitik und der Naturwissenschaften bilden.

Die Forderungen breiterer demokratischer Kreise aber hat die Deutsche Kommunistische Partei in ihrem Entwurf für ein demokratisches Bildungswesen „Bildung-Gesellschaft-Zukunft“ zusammengefaßt und der westdeutschen Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet. Die Schule muß der Ort sein, wo sich die Schüler in kritischer Auseinandersetzung mit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit zu einem selbständig denkenden und dem arbeitenden Volk solidarisch verbundenen Menschen entwickeln kann, der sich nicht mehr als Objekt geistiger Manipulationen mißbrauchen läßt.

## So was kommt von so was!

Unwissenheit einer Schreibkraft im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sei die Ursache dafür, daß ein briefliches Stellenangebot an die Berliner Humboldt-Universität geschickt wurde. Auf einen Kommentar im „Neuen Deutschland“ hin bezieht sich nun „Die Welt“ zu erklären, daß das hektographierte Schreiben, in dem jungen Diplomvolkswirtschaftlern der DDR Stellen im Bonner Ministerium angeboten werden, von der Schreibkraft an Adressen verschickt wurden, die aus dem „Deutschen Universitäts-Handbuch“ entnommen seien, da auch die Hochschulen der DDR aufführt. Das kommt davon, wenn die Arbeitsmittel nicht zeitgemäß sind.

## Nach Monopolzustimmung wird informiert!

„...ein zweites Bild...“

Die Welt vom 3. 7. 1970

„...wenn einem Punkt abhängt, wird ein heutige Priorität gefordert. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Hans von Hepp, berichtete den Industriellen über die Programme des Ministeriums zur Förderung von Datenverarbeitung und neuen Technologien. Auch er wies auf die Wichtigkeit der Diskussion des Arbeitsmarktes hin.“

Handelsblatt Düsseldorf vom 4. 7. 1970

Verlangen etwa ernsthaft Wissenschaftler „freies, unabhängiger“ Universitäten Informationen über Forschungsprogramme, bevor die Monopole ihre Zustimmung gegeben haben?